

DIE ARTEN DER GERECHTIGKEIT

T. FÖLDESI

Die erste Frage, die zu prüfen ist, lautet: *was ist unter Gerechtigkeit zu verstehen und welche Arten der Gerechtigkeit gibt es?*

Diese scheinbar so einfache Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten, hauptsächlich deswegen nicht, weil die marxistische Philosophie oder genauer die marxistische Ethik sich überaus wenig mit der Gerechtigkeit als ethische Kategorie beschäftigt hat, obgleich diese eine reiche philosophiegeschichtliche Vergangenheit hat. Das ist an erster Stelle nicht Folge einer gerechtigkeitsfeindlichen Einstellung, sondern ist vielmehr damit zu erklären, dass die marxistische Ethik, während sie die grösseren Aufgaben in den Vordergrund stellte, die eingehende Analyse einzelner konkreter moralischer Tugenden zu einem gewissen Grad vernachlässigte. Also nicht die Gerechtigkeit als solche wurde — ungebührend — verhältnismässig vernachlässigt, sondern eine der moralischen Tugenden.

Das bedeutet natürlich durchaus nicht, dass die Gerechtigkeit als solche in der marxistischen Philosophie ‚terra incognita‘ sei, doch ist es jedenfalls Tatsache, dass während ein durchschnittlicher Universitätsstudent die Frage, was die Wahrheit sei, aufgrund seiner Studien philosophisch beantworten kann, bieten ihm diese bei der Beantwortung der Frage, die sich auf die Gerechtigkeit bezieht, keine Hilfe mehr, denn die Ethik-Skripten enthalten nicht nur keine Definition der Gerechtigkeit, die Gerechtigkeit als Thema kommt in diesen gar nicht vor.

Da wir im Fall der Gerechtigkeit einem Terminus gegenüberstehen, der im alltäglichen Leben auch von jenen häufig gebraucht wird, die in der Philosophie nicht bewandert sind, es sich also um keinen speziellen Fachausdruck handelt, lohnt es sich kurz zu untersuchen, in welchem Sinn diese Benennung in der *alltäglichen Praxis* gebraucht wird.

Die Frage stellt sich, weshalb wir bei der Analyse des Problems nicht von dem reichlichen philosophiegeschichtlichen Nachlass ausgehen. Die Erklärung ist, dass der Rahmen eines kurzen Artikels nicht einmal einen ganz skizzenhaften philosophiegeschichtlichen Überblick zulässt. Deswegen scheint es zweckmässig von dem alltäglichen Bewusstsein auszugehen. Das bedeutet jedoch durchaus nicht, dass im weiteren nicht von Fall

zu Fall auf Ergebnisse der Philosophiegeschichte zurückgegriffen werden würde.

Einfachheit halber wollen wir zunächst sehen in welchen Wortkombinationen gerecht als Beiwort vorkommt. Es ist nicht schwer festzustellen, dass der Ausdruck ‚gerecht‘ in ziemlich unterschiedlichen Wortkombinationen vorkommt: so spricht man von gerechten Urteilen, Handlungen, Normen, Menschen, von einer gerechten Gesellschaft usw. Auch ohne tiefer darauf einzugehen was der Ausdruck in dem einen oder dem anderen Zusammenhang bedeutet, stellt es sich doch bald heraus, dass sich als Ausgangspunkt der Analyse am besten das gerechte Urteil, beziehungsweise die gerechte Handlung eignet, denn dies führt zur Untersuchung solcher komplexer Fragen wie: wann und wovon ein Mensch, eine Norm, eine Gesellschaft gerecht sei?

Die Gleichheit und Ungleichheit

Die Frage, wann ein Urteil oder eine Handlung, z.B. die eines Richters, gerecht sei, ist scheinbar leicht zu beantworten. Das Urteil ist gerecht, wenn der Richter ohne Voreingenommenheit, objektiv ‚sine ire et studio‘ entscheidet, urteilt, wenn er in einem Strafverfahren den Angeklagten dazu verurteilt, was ihm gebührt. Es ist auch unschwer zu bemerken, dass die Gerechtigkeit eng mit der *Gleichheit* zusammenhängt, der Richter geht gerecht vor, wenn er mit gleichem Masstab misst.

Doch bereits Aristoteles wusste es, dass die Gleichheit nicht allein ein unentbehrlicher Begleiter der Gerechtigkeit ist, sondern zugleich ihre Falle. Die Gleichheit ist nämlich eine an Beziehungen reiche Kategorie, darum kann es leicht vorkommen – und zwar nicht allein in der Theorie –, dass die eine Beziehung der anderen widerspricht. Das ist auch in unserem Beispiel zu beobachten. Fällt der Richter ein Urteil, so erscheint die Gleichheit nicht nur darin, dass er mit gleichem Masstab misst, also das gleiche Vergehen mit dem gleichen Urteil straft, sondern auch darin, dass diejenigen, die er verurteilt, gleich sind. Sind nämlich die Subjekte des Urteils verschieden (und dieser Unterschied kann sich in einer Menge Faktoren äussern, von dem Vorbestraften, beziehungsweise nicht Vorbestraften Vorleben, von der Bildung, beziehungsweise Unbildung an bis zum Lebensalter), so stellt sich mit recht die Frage: *ob jener, der Ungleiche gleich beurteilt, wohl gerecht urteile?*

Auf diese Frage antwortete bereits Aristoteles, der sich in der griechischen Philosophie am gründlichsten mit dem Problem der Gerechtigkeit beschäftigte, dass Ungerechtigkeit nicht nur in der Weise begangen werden könne, wenn Gleiche ungleich beurteilt werden, sondern auch umgekehrt: wenn Ungleiche mit dem gleichen Mass gemessen werden. Daraus folgt logisch, wenn Gleichheit mit Ungleichheit gepaart Ungerechtigkeit ergibt unabhängig davon, ob Gleichheit oder Ungleichheit vorne steht, so ist die Sphäre der Gerechtigkeit in den aderen beiden Variationen zu suchen, namentlich: in der *gleichen* Beurteilung der *Gleichen*, beziehungsweise in der *ungleichen* Beurteilung der *Ungleichen*. Es besteht kein Zweifel, dass

auch die erste ihre Bedeutung hat, insofern in manchen Fällen die Gerechtigkeit in der Weise zur Geltung kommt, dass das für dominant angesehen wird, was in den Menschen gleich ist, und dieses wird auf gleiche Weise beurteilt. So z.B. ist jener Lehrer gerecht, der seine Schüler von dem Gesichtspunkt für gleich betrachtet, dass er von ihnen Disziplin, Vorbereitung usw. in gleichem Mass verlangt. Und ähnlich gerecht ist das Recht, das dem Leben, der körperlichen Unversehrtheit jedes Menschen, die ungeborene Leibesfrucht inbegriffen, strafrechtlichen Schutz zuteil werden lässt. Für beide Fälle ist es bezeichnend, dass die Subjekte der Gerechtigkeit durchaus nicht in jeder Beziehung gleich sind, doch in der gegebenen Relation tritt jenes Moment in den Vordergrund, das sie gleich macht (dass sie Schüler, bzw. Menschen sind).

Trotzdem spielt in der Gerechtigkeit in den meisten Fällen nicht dieser Typ die Hauptrolle, sondern jener, bei dem die Ungleichen ungleich beurteilt werteilt werden und das Vorgehen dennoch gerecht ist. Die ungleiche Beurteilung wirft jedoch eine grundlegende prinzipielle Frage auf, und zwar die, *welche die Ungleichheit sei die der Gerechtigkeit entspreche?* Die Frage ist jedoch überaus schwer zu beantworten, welche die Ungleichheit sei, mit der die Ungerechtigkeit nicht zunimmt oder sich stabilisiert, sondern das Gegenteil eintritt.

Hier gibt es nämlich prinzipiell verschiedene Möglichkeiten. Die Lösung, die am klarsten auf der Hand liegt, ist *ausgleichender* Art, das heisst, sie ist bestrebt die Ungleichheit mit einer *Ungleichheit entgegengesetzter Richtung auszugleichen*. Wir wollen ein einfaches Beispiel anführen. In Ungarn sind die sozialen Verhältnisse der Studenten, die sich für die Aufnahme auf die Universität vorbereiten, trotz der bedeutenden gesellschaftlichen Veränderungen bekanntlich nicht gleich. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob einer als Kind eines Universitätsprofessors sein Studium in einem der besten Gymnasien der Hauptstadt absolvierte, oder ob er in einem Elternhaus heranwuchs, wo Bücher unbekannt sind, und das Gymnasium, das er erst nach einer täglichen Bahnfahrt erreicht, ziemlich schwach ist.

Wie ist diese Ungleichheit zu eliminieren? Keinesfalls so, dass bei der Aufnahmeprüfung an den einen andere Anforderungen gestellt werden, als an den anderen. Die Aufnahmeprüfung gehört zu dem Typ der Gerechtigkeit, wo die Aspiranten für gleich betrachtet und deshalb mit gleichem Mass gemessen werden (abgesehen von sonstigen Unterschieden), die Lösung ist also zu versuchen die unterschiedlichen Verhältnisse durch Ausbau eines Netzes von Studentenheimen, durch ‚studium generale‘ und mit sonstigen Mitteln zu verringern oder zu beheben um zu erreichen, dass die Schüler, wenn sie zur Aufnahmeprüfung kommen, die gleichen Chancen zur Vorbereitung haben und nur mehr das Wissen und die Eignung entscheide. Die Ungleichheit besteht hier darin, dass Möglichkeiten geschaffen werden, von denen allein die Schüler, die unter nachteiligen Verhältnissen leben, Gebrauch machen können, während das bei den übrigen nicht der Fall ist. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die ‚Ausübung der Gerechtigkeit‘ auch von historischen Umständen abhängt. So z.B. ist es vorstellbar, dass die Korrektur der Ungleichheiten auch mit anderen Mitteln

erfolgt, wenn die wirtschaftlichen und sonstigen Bedingungen fehlen, die es den Studenten ermöglichen, die Ungleichheit bereits vor der Aufnahmeprüfung einzuholen. Bei der Bekämpfung der Ungleichheiten ist zugleich ebenso darauf zu achten, dass erfolgreiche, gesellschaftlich adäquate Mittel verwendet werden, als auch darauf, dass zufolge der Massnahmen nicht etwa Ungerechtigkeiten entgegengesetzter Richtung entstehen.

Die Reparation, die Übertreffung der Ungleichheit durch eine Ungleichheit schafft, beleuchtet zugleich die wichtige Tatsache, dass die Gleichheit in gewissem Sinn ein unentbehrliches Element, eine *conditio sine qua non* der Gerechtigkeit ist. In unserem Fall äussert sich das unmittelbar durch die Verwirklichung der Gerechtigkeit in der Weise, dass aus zwei Ungleichheiten eine Gleichheit zustande kam, so bleibt die Gleichheit – aufgehoben – ein Element der Gerechtigkeit.

Die Reparation ist jedoch durchaus nicht die einzige und ausschliessliche Form der bei den Ungleichen angewandten Ungleichheit, wenn diese dem Zweck der Gerechtigkeit dient. Auch eine solche Form dieses Verfahrens ist möglich, die gewisse, zwischen den Menschen bestehende Unterschiede *positiv wertet* und Gerechtigkeit übt, indem sie den Unterschieden Rechnung trägt. Beruht die Gerechtigkeit hier auf der Berücksichtigung von Werten, so ist die Ungleichheit offenbar in der Form anzuwenden, dass die Belohnung *im Verhältnis zur Ungleichheit stehe*. Und somit sind wir nebst der Gleichheit bei der zweiten zentralen Kategorie der Gerechtigkeit angekommen. Bereits Aristoteles ist daraufgekommen, dass die Gerechtigkeit nicht allein auf der arithmetischen Gleichheit beruhen kann, sondern auch auf der Eroportion, in der Mehrzahl der Fälle kommt sogar diese letztere zur Geltung.

In dem Augenblick jedoch, in dem die Ungleichheit als Wert aufgefasst wird, stellt es sich heraus, dass die Gerechtigkeit ähnlich anderen Tugenden und ethischen Kategorien nur als *Teil eines moralischen Systems* verständlich ist, nicht aber an sich, von den übrigen Kategorien und Tugenden und insbesondere nicht vom Ganzen getrennt. Der ‚Eintritt‘ des Wertmoments bedeutet nämlich unumgänglich, dass beim Aufbau der Gerechtigkeitskonzeption die gegebene Hierarchie der moralischen Werte zu berücksichtigen ist, das heisst, welche Inhalte als Wert betrachtet und welche als wertlos verworfen werden.

Es lohnt sich also zu prüfen, welche jene wichtigsten Werte im Lauf der Entwicklung der Gesellschaft waren, deren Beachtung für gerecht galt. Natürlich besteht im Rahmen dieses Artikels keine Möglichkeit das Erscheinen der Werte historisch darzustellen, deswegen sollen bloss ihre wichtigsten Formen zusammengefasst erörtert werden. Die Erörterung beruht auf der Zusammenfassung, die von einem der bedeutendsten bürgerlichen Kenner des Themenkreises der Gerechtigkeit, von Ch. Perelmann in seinem Buch *Justice et raison* (Bruxelles, 1963) zusammengestellt wurde. Laut Perelmann wäre es illusorisch zu versuchen sämtliche in der Geschichte vorkommenden Bedeutungen der Gerechtigkeit zu sammeln, man kann höchstens probieren auf die bedeutendsten hinzuweisen. Diese sind kurz die folgenden: gerecht ist, wenn

1. ein jeder dasselbe bekommt,
2. ein jeder aufgrund seiner Verdienste
3. ein jeder aufgrund seiner Arbeit
4. ein jeder nach seinen Bedürfnissen
5. ein jeder nach seinem Rang der Güter und der Anerkennung teilhaftig wird,
6. ein jeder dementsprechend, was ihm rechtmässig zukommt.

Es ist unschwer festzustellen, dass der erste Punkt der Aufzählung die bereits besprochene Gleichheit bedeutet, das heisst, dass die Menschen unabhängig davon, ob sie gleich oder ungleich sind, denselben Anteil bekommen. Das Problem der Proportion, das uns jetzt interessiert, erscheint bei den Werten in den Punkten 2–6. Bereits aus der blossen Anführung der Punkte 2, 3, 4, 5, und 6 ist es ersichtlich, dass *die Proportionierung aufgrund von Werten eines der schwierigsten Kapitel der Gerechtigkeitsproblematik ist, das die meisten Dilemmas und Kollisionen enthält.*

Wir wollen einige Probleme prüfen, die sich bei der Anwendung der Gerechtigkeitskriterien 2–6 ergeben.

2. Die Verdienste

Als erstes: die Verdienste. Unzweifelhaft ist dieses eines der allgemeinsten Kriterien. Sozusagen alle Gesellschaften, beziehungsweise alle ihre gesellschaftlichen Klassen anerkennen, dass die Verdienste der Menschen zu würdigen sind. Diese Allgemeinheit kommt auch darin zum Ausdruck, dass selbst die Sprache (und zwar nicht allein die ungarische Sprache) anerkennt, dass zwischen den Bezügen und dem Verdienst ein grundlegender Zusammenhang besteht. Das kommt in dem Verb 'verdienen' zum Ausdruck, das bereits von der Seite des Anteils darauf hinweist, dass dessen Grundlage das Verdienst ist.

In Verbindung mit den Verdiensten tauchen jedoch zwei Probleme – von ungleichem Gewicht – auf: das erste ist, *was gilt für ein Verdienst?* das andere, *wie weit sind die Verdienste in Betracht zu ziehen?* oder anders ausgedrückt: kann das Mass bestimmt werden, in dem die Bewertung der Verdienste gerecht ist, beziehungsweise von dem an sie bereits in ihr Gegenteil umschlägt und ungerecht wird?

Von den beiden verursacht ohne Zweifel das erstere weniger Sorgen. Was für ein Verdienst gilt und was nicht ist stark *klassendeterminiert*. Es besteht kaum ein Zweifel, dass das sozialistische Ungarn andere Taten, ein anderes Verhalten für Verdienste hält, als z.B. die offiziellen Kreise des Horthy-Ungarns. Nach unserer Wertskala zählen die Teilnahme an der illegalen Bewegung, die verschiedenen Formen des Widerstandes gegenüber dem Horthy-Regime, der Aufbau des sozialistischen Ungarns offenbar als Verdienst, Verdienste können jedoch durch Standhalten gelegentlich ausserordentlicher Ereignisse, z.B. bei einem Hochwasser usw. erworben werden. (Bei der Bewertung dieses letzteren Moments treffen übrigens die gegensätzlichen Klassen in einem gewissen Grad zusammen, das

Standhalten gegenüber elementaren Katastrophen gehört zu den allgemein anerkannten Verdiensten.)

Was erscheint hier als Problem? Mehrere Dinge. Einesteils der Umstand, dass der Aufbau des Sozialismus verschiedene Abschnitte hat und das bringt die Wandlung der Verdienstskala naturgemäss mit sich.

Die Fragen, wie weit die Wandlung der Verdienste berechtigt ist, was ein bleibendes Verdienst ist usw. verursachen unvermeidlich Dispute. Doch auch in dem Zusammenhang können Probleme auftauchen, dass zufolge der widerspruchsvollen Entwicklung des Sozialismus das Lebenswerk so mancher Menschen äusserst widerspruchsvoll wurde, deswegen ist es nicht leicht zu beurteilen wie weit die Handlungsreihen als Verdienste zu betrachten sind, in denen sich positive und negative Elemente in ungleichem Mass mischten. Es sei z.B. an das erste Jahrzehnt nach der Befreiung erinnert, aber insbesondere an die Geschichte der Jahre 1949 – 1956.

Die härtere Nuss ist aber zweifellos die Frage, was für die Verdienste geführt? wie weit reicht die gerechte und wo beginnt die ungerechte Anerkennung der Verdienste? Zur Veranschaulichung des Problems stehe hier ein einziges Beispiel. Die sozialistische Gesellschaft hat jenen, die bedeutend mehr als andere getan hatten, ja sogar ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten für die neue gesellschaftliche Ordnung gewiss Anerkennung gezollt. Ja, worin soll aber nun die zu den Verdiensten proportionale Anerkennung bestehen? Lediglich in Auszeichnungen oder in materiellen Gütern, in sozialen Zuwendungen? Aus den Grundprinzipien der kommunistischen Partei folgt, dass ihre Mitglieder nicht für ihr persönliches Wohlergehen kämpften, nicht darum, dass sie dann in der neuen Gesellschaft die Auserwählten seien. Andererseits ist es aber auch verständlich, dass die Menschen, deren ganzes Nervensystem, deren Gesundheit in der Illegalität gelitten hatte, oder die früher gebrechlich geworden sind, weil sie an beiden Enden ‚brannten‘, mehr Fürsorge und Verehrung von der Gesellschaft verdienen. Aufgrund des Vergleiches der beiden Faktoren muss sich offenbar ein zu den Verdiensten proportionales Mass herausbilden. Dass kommt z.B. im Fall der sog. ‚Ausnahmerente‘ zur Geltung, die teils ein verhältnismässig sorgloses Leben sichert, andererseits aber doch keine Vorzugssituation schafft. Trotzdem finden die Ausnahmerente, die vom Gewerkschaftsbund gebotene jährliche Erholung, die Begünstigung bei der Aufnahme auf die Universität im Fall gewisser Auszeichnungen nicht immer den Beifall gewisser Schichten. Insbesondere jene, die zwar die angeführten Verdienste nicht besitzen, aber doch hart gearbeitet haben und trotzdem eine verhältnismässig niedrige Rente beziehen, meinen, ebenfalls aufgrund des Prinzips der Gerechtigkeit, der Unterschied zwischen ihrer und der Ausnahmerente sei nicht gerecht.

In diesen Fällen ist es überaus schwer eine Grenzlinie zu ziehen, wie weit die Berücksichtigung der Verdienste gerecht ist und wo der Prozess bereits in sein Gegenteil umschlägt, wann die auf Verdiensten beruhende Unterscheidung zur Ungerechtigkeit wird.

Ein ähnliches Problem taucht auf, wenn einer, der Verdienste hat, eine Straftat begeht. Wie soll das Gericht wohl seine bisherigen Verdienste werten? Denn die Argumentation, dass es gerecht sei jeden, der eine gesetzwidrige Handlung begangen hat, zur Verantwortung zu ziehen, ist ebenso wahr, wie die, dass seine Verdienste so bedeutsam seien, dass er so viel mehr für die Gesellschaft getan, als gegen sie verbrochen habe, dass das beim Urteilsspruch unbedingt zu beachten ist.

3. Die Arbeit

Wie widerspruchsvoll das auf den Verdiensten beruhende Gerechtigkeitskriterium ist wird erst wirklich klar, wenn ein neues Element in die Untersuchungen eingeführt wird. Das neue Kriterium bedeutet nämlich, dass wir bei der Gerechtigkeit ein anderes, vom vorangegangenen abweichendes Mass anwenden und darum stellt sich mit recht die Frage, ob die Anwendung von zweierlei Massstäben nicht Widersprüche verursacht. Bekanntlich ist aufgrund unserer Aufzählung *das nächste Kriterium das Gerechtigkeitsmass nach der Arbeit*, das heisst, dass z.B. die gerechte Verteilung, die ist, wo die Menschen ihren Anteil an den Gütern im Verhältnis der geleisteten Arbeit erhalten.

Die Arbeit als Kriterium stellt ähnlich den Verdiensten ebenfalls einige Probleme. So an erster Stelle das, welche die Gesichtspunkt (Quantität, Qualität) sind, nach denen zu bewerten ist, was geschieht mit den nicht messbaren Leistungen usw.? Wie elementar und allgemein das Prinzip auch scheinen mag, laut dem, dem, der mehr und besser arbeitet, mehr Achtung und materielle Güter gebühren, wurde dieses durch die Gerechtigkeitsprinzipien der gesellschaftlichen Einrichtungen vor dem Sozialismus bloss in sehr untergeordneter Weise gewürdigt. Damit meinen wir, dass es in den ausbeutenden Gesellschaftsordnungen für ganz selbstverständlich gilt, dass der Besitz ein grösseres Gewicht und einen höheren Wert darstellt als welche Arbeit immer, und es deshalb für Gerecht betrachtet wird, dass der Besitzer einen viel grösseren Anteil an den Gütern erhält als sein bester Arbeiter. Die Würdigung kommt also lediglich in dem Mass zur Geltung, in dem z.B. im Kapitalismus die Leistung der Arbeiter bei ihrer Löhnung in Betracht gezogen wird (z.B. beim Akkord), aber z.B. bei der Sklavenarbeit hat es schon gar keine Bedeutung mehr wieviel ein Sklave arbeitet, er wird höchstens für die Nicht-Leistung besonders gestraft).

In wiefern geraten die auf *Verdiensten*, beziehungsweise auf *Arbeit* beruhenden Gerechtigkeitsprinzipien miteinander in *Gegensatz*? In so fern, dass das Verdienst gewöhnlich auf einem früheren Verhalten beruht, während die Arbeit auf der gegenwärtigen Leistung, deswegen ist es grundsätzlich möglich und es kommt in der Praxis auch häufig, vor dass frühere Verdienste und die gegenwärtige Arbeitsleistung nicht zusammenfallen. In diesem Fall erfolgt der Zusammenstoss der beiden Prinzipien und eines der beiden wird unvermeidlich bevorzugt. Es sei hinzugefügt, dass die Lösung, die die früheren Verdienste ebenso beachtet, wie die gegenwärtige Leistung, denjenigen, der nur eines der beiden für gerecht hält, auch nicht

befriedigt. So z. B. kann der, der die letztere als Masstab betrachtet, einwenden warum der andere auch soviel bekommt wie er, obwohl jener weniger oder schlechter gearbeitet hat.

4. Die Bedürfnisse

Die Möglichkeit des Zusammenstosses nimmt nicht ab, sondern zu, wenn das vierte Prinzip, die *Bewertung nach Bedürfnissen* eingeschaltet wird. Um dies zu beleuchten ist erst eine grundsätzliche Frage zu bereinigen, die ein Missverständnis verursachen könnte. Namentlich die, ob in unserer Gesellschaft das Wahrheitsprinzip der Bedürfnismässigkeit wohl zur Geltung kommt? Diese Frage ergibt sich aus dem Umstand, dass die marxistische Konzeption der Verteilung nach Bedürfnissen eine Charakteristik der zukünftigen, der kommunistischen Gesellschaft darstellt. Es wäre jedoch ein Fehler daraus darauf zu schliessen, dass dieses Prinzip allein die Gesellschaft der Zukunft kennzeichnen werde, in der Gegenwart aber durchaus nicht gelte. In Wirklichkeit wird diese Form der sozialen Gerechtigkeit bereits früher realisiert. Die prinzipielle Basis hiervon ist, dass gewisse minimale Bedürfnisse, die Grundlage des Lebensunterhalts unbedingt zu befriedigen sind, damit die Menschen leben können. Deswegen kommt z. B. bei der Festlegung der minimalen Arbeitslöhne, den niedrigsten, die bezahlt werden dürfen, dieses Prinzip zur Geltung. In ähnlicher Weise werden die Bedürfnisse in Betracht gezogen, wenn Familien mit zwei oder mehr Kindern einen Familienzuschlag oder andere Begünstigungen geniessen. Vergleichsweise, verrichten zwei Arbeiter Arbeit der gleichen Menge und Qualität der eine aber, der viele Kinder hat, früher eine Wohnung erhält, so kommt nicht das Prinzip der Arbeit sondern das der Verteilung nach Bedürfnissen zur Geltung. Das alles wird auf der Grundlage mit dem Prinzip der Gerechtigkeit verbunden, dass es gerecht ist, wenn die Gesellschaft wenigstens einen Teil der Lasten von dem abnimmt, der grössere trägt (da er Kinder erzieht), was naturgemäss gleichbedeutend damit ist, dass die übrigen weniger bekommen.

Es ist nicht schwer festzustellen, dass das Gerechtigkeitsprinzip der Bedürfnismässigkeit in dieser Form kein ‚par excellence‘ sozialistisches Prinzip ist, denn es kommt auch im Kapitalismus zur Geltung, die Institution des Familienzuschlags ist dort ebenfalls bekannt. Eine andere Frage ist die, die aber durchaus nicht zu vernachlässigen ist, dass das Prinzip im Kapitalismus in wesentlich geringerem Mass zur Geltung kommt.

Es ist jedoch überaus schwer zu bestimmen wie weit die Belastung der Kinderlosen gerecht ist. Um nur auf einige Tatsachen hinzuweisen, die Themen von Polemiken bilden: ist es richtig, dass Familien mit einem Kind, die offenbar grössere Bedürfnisse haben als die Kinderlosen, keinerlei Familienzuschlag beziehen (zumindest in Ungarn nicht, das sonst auf zahlreichen ähnlichen Gebieten eine führende Rolle spielt), ist es richtig, dass die Kinderlosen keine besonderen Steuern zahlen usw.? Das Mass der konkreten Verwirklichung des Gerechtigkeitsprinzips ist eine Funktion zahlreicher wirtschaftlicher, politischer und Bewusstseinsfaktoren. Da uns

aber nicht das interessiert wie die Gerechtigkeit konkret verwirklicht wird, sondern jene Grundsätze, die bei den verschiedenen Massnahmen zur Geltung kommen, wollen wir hier nicht darauf eingehen wie das eine oder das andere Moment der tatsächlichen Praxis zu werten ist. Schon deswegen nicht, weil, wie bereits gesagt, die Gerechtigkeit ähnlich anderen moralischen Kategorien ein *gesellschaftlich-historisches* Gebilde ist, dessen Inhalt sich zu mindest teilweise – in den einzelnen Entwicklungsperioden ändert. Deswegen wurden bis jetzt und werden auch in der Folge nur in dem Mass Beispiele angeführt, sofern sie zur Illustration einer unserer Annahmen beitragen, ohne darauf einzugehen ob die konkrete Praxis dem Gerechtigkeitsniveau der gegebenen Entwicklungsstufe entspricht. Es sei auch darauf hingewiesen, dass sich in der öffentlichen Meinung äusserst unterschiedliche Ansichten über die Gerechtigkeitsniveaus gebildet haben und auch darum ist es begründet, dass wir uns mit dem Problembereich mehr befassen.

Das Prinzip der Bedürfnismässigkeit gerät mit dem der Verdienstmässigkeit offenbar in Zusammenstoss, da in vielen Fällen hinter den grösseren Bedürfnissen nicht zugleich grössere Verdienste stecken. Wir wollen jedoch darauf hinweisen, dass *die Kollision der Prinzipien durchaus nicht notwendigerweise* aus der Abweichung der Postulate der Gerechtigkeit voneinander folgt. Grundsätzlich ist es nämlich möglich, dass in einem gewissen Teil der Fälle die Prinzipien nach der gleichen Richtung weisen. Dieses Zusammenfallen ist kein Zufall, sondern folgt aus dem Umstand, dass sich in den Prinzipien neben Unterschieden auch gemeinsame Züge finden. So z.B. sind *die Arbeit und das Verdienst* nicht komplementär, das Verdienst äussert sich in der Arbeit, in der Leistung, und es ist auch überaus notwendig, dass es sich in diesen immer mehr äussere. In diesem Fall fallen die Prinzipien offensichtlich zusammen, bei der Bewertung nach der Arbeit kommt zugleich das Gerechtigkeitsprinzip zur Geltung, das aufgrund der Verdienste urteilt.

Ein ähnlicher inhaltlicher Zusammenhang ist – ebenfalls in einzelnen – beim Zusammenfallen des *arbeitsmässigen* und des *verdienstmässigen* Gerechtigkeitsprinzips zu beobachten. Wer mehr arbeitet, wer grössere physische oder geistige Kraft entfaltet, der braucht – verständlicherweise – mehr. In dieser Hinsicht kommt bei dem Prinzip nach der Arbeit – in gewissem Mass – auch das Postulat des Bedürfnisses zur Geltung. Dass dies jedoch im gegebenen Fall bloss ein sekundäres (oder vielstes) Moment ist, wird daraus ersichtlich, dass die Grundlage des grösseren Anteils hier nicht die Tatsache ist, dass der, der viel arbeitet auch grössere Bedürfnisse hat, sondern dass der Betreffende dem Kollektiv, der Gesellschaft mehr bietet und deshalb mehr verdient, darum ist es gerecht, dass er von der Gesellschaft mehr erhält.

Wesentlich seltener treffen sich dagegen *der Verdienst und die Bedürfnis*. Davon sprechen wir in dem Fall, wenn die Verdienste mit einer derartigen körperlich-geistigen Kraftentfaltung einhergehen, aus der sich ein grösseres Bedürfnis für Fürsorge ergibt. Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass das Prinzip gemäss Bedürfnissen eben auf dem Gebiet des

Gesundheitswesens und der ärztlichen Behandlung in überdurchschnittlichem Mass zur Geltung kommt. Das äussert sich teils darin, dass man bei der ärztlichen Behandlung in erster Linie davon ausgeht in welchem Mass einer der Behandlung bedarf. Darum wird z.B. auch die Reihenfolge der Einlieferung ins Krankenhaus auf der Basis festgestellt, wessen Krankheit die schwerste ist.¹

5. Der Rang

Nun wollen wir einen Blick auf jene überaus ausgedehnte vielfältige Kategorie werfen, die Perelmann als *Rang* bezeichnet. Perelmann legt in seiner Analyse dar, dass unter diesem Stichwort natürlich nicht nur der Rang im engeren Sinn zu verstehen ist, also z.B. der Titel eines Barons, eines Herzogs oder eines Lords usw., sondern im allgemeinen jene Vorrechte, die im Lauf der gesellschaftlichen Entwicklung ihren Besitzern die Nutzniessung ihres Ranges sichern, die es für natürlich hinnehmen, dass ihnen an Vermögen und Achtung mehr und etwas Anderes gebührt als den übrigen.

Wie fremdt und zu den vorher erwähnten vier Grundsätzen diametral entgegengesetzt das fünfte Gerechtigkeitsprinzip auch scheinen mag, kann selbst einer der hervorragendsten Kenner der Gerechtigkeitsproblematik nicht umhin bei Daseinsberechtigung des Prinzips nach dem Rang anzuerkennen. Dass ein freier Mensch sich mehr erlauben darf, dass er andere Rechte hat als ein Sklave, scheint selbst Aristoteles natürlich. Dazu gehört nichts weiter als nicht allein die göttliche Herkunft der Sklaverei anzuerkennen, sondern sie auch für einen natürlichen Zustand aufzufassen, in dem zum Ausdruck kommt, dass die Menschen von Geburt an ungleich sind. Dasselbe widerspiegelt sich im Feudalismus, wo es für völlig selbstverständlich galt, dass ein von einem feudalen Lehnsherrn begangenes Delikt ganz verschieden zu beurteilen ist, wenn es gegenüber einem Herrn oder einem Leibeigenen verübt wurde. Dieselbe Theorie ist aber auch in den verschiedenen Formen der Rassentheorie vorzufinden. Die Anhänger der Überlegenheit der weissen Rasse hielten es für ganz gerecht, dass die Neger seinerzeit Sklaven waren, oder dass heute auf zahlreichen Gebieten noch immer Unterschiede geltend gemacht werden. In ähnlicher Weise äussert sich die Unterscheidung auch in Form der religiösen Voreingenommenheit, wo die Anhänger des einzig wahren Glaubens den Andersgläubigen gegenüber manchmal selbst die härtesten Vergeltungsmassregeln für gerecht halten, von den Ungläubigen ganz zu schweigen. Und die chauvinistische oder nationalistische Erscheinungsform desselben Prinzips ist um nichts weniger bedeutend, die das Bewusstsein erweckt, die zur gegebenen Nation gehörigen seien besser als die übrigen, was sie berechtigt die Angehörigen anderer Nationen als nicht gleichrangig zu betrachten. (In dieser letzteren Hinsicht muss man klar sehen, dass obgleich der Nationalismus unter bestimmten historischen Verhältnissen eine relativ fortschrittliche Rolle gespielt haben mag und in den Entwicklungsländern auch heute eine solche spielt, jene nicht unbedeutende Begleiterscheinung,

die ausser der Einigung der Nation auch ihre Überlegenheit verkündete, doch immer als retrograder Faktor galt. Marx' bekannter Spruch, demnach das Volk, das andere Unterdrückt nicht frei sein kann, ist auch dann gültig, wenn das Wort frei durch Gerechtigkeit ersetzt wird.)

Und schliesslich — aber nicht an letzter Stelle — äussert sich diese Anschauung in einem der kennzeichnendsten moralischen Produkte des Kapitalismus, im ‚Hochmut des Besitzers‘. In der Anschauung, die es für natürlich ansieht, dass der Besitz ‚allmächtig‘ sei und den Besitzer berechtige sich für unermesslich mehr zu betrachten als jene, die über keinen verfügen, und auf dieser Grundlage sämtliche mit dem Besitz verbundenen Privilegien für absolut gerecht zu halten.

Wir würden jedoch die Augen vor den Realitäten schliessen behandeln wir das ‚fünfte Kriterium‘ als ein solches, das lediglich eine Begleitererscheinung der Gesellschaften vor dem Sozialismus sei. In den Hauptzügen ist allerdings festzustellen, dass dieses Prinzip in seinen hier aufskizzierten verschiedenen Äusserungen der sozialistischen Gesellschaft im wesentlichen fremd sei. Zugleich ist es nicht zu leugnen, dass das fünfte Gerechtigkeitsprinzip auch unter unseren gesellschaftlichen Verhältnissen zahlreiche Probleme verursacht. Und hier denke ich an erster Stelle gar nicht an die Wucherungen des Besitzerprinzips, die sich aus der Quelle einer in einem gewissen Grad weiterlebenden kleinbürgerlichen Moral nähren. (Während das Wohnungsproblem von Zehn-, ja Hunderttausenden ungelöst ist, worin nicht nur jene inbegriffen sind, die keine Wohnung, sondern auch die, die keine entsprechende Wohnung haben, finden einzelne in diesem Zeichen nichts daran auszusetzen, dass sie sich Willen bauen, denen es anzusehen ist, dass der hauptsächliche Zweck des Eigentümers ist, zu zeigen: ihm sei nichts zu teuer, er wisse mit dem Geld gar nichts mehr anzugangen.)

Sondern vielmehr daran, dass es in Ungarn Rechte gibt, die mit gewissen Posten verbunden sind und die von einem Teil der öffentlichen Meinung eben im Zusammenhang mit der Gerechtigkeit in Frage gestellt werden. Zu diesen Privilegien gehört z. B. die Inanspruchnahme der Leistungen des Zentralen Staatlichen Krankenhauses, wo die Krankenversorgung wesentlich günstiger ist als in ähnlichen anderen Institutionen des Landes. Auch die Begünstigung wäre hierher zu zählen, dass Leute, die gewisse Posten bekleiden, sozusagen jedes Jahr in Erholungsheime der Gewerkschaft eingewiesen werden und — annähernd — selbst wählen dürfen, wo und wann sie die Erholung in Anspruch zu nehmen wünschen. Eine ähnliche Begünstigung ist der Gebrauch der staatlichen PKWs für Privatzwecke, doch wurde diese Möglichkeit in letzter Zeit stark beschränkt.

Natürlich könnte man einwenden diese Extrazuteilungen seien dem Umstand zuzuschreiben, dass die Begünstigten eine so wichtige Arbeiten leisten, womit sie die Erleichterungen verdienen, die — indirekt — dazu beitragen, dass sie ihr Amt noch besser, auf noch höherem Niveau versehen. Diese Wertung baut also in diesen Fällen das Gerechtigkeitsprinzip auf das Prinzip der Beurteilung nach der Arbeit und nicht nach dem Rang, und hält die besonderen Zuteilungen wegen des gemeinnützigen Charakters der Arbeit für nicht ungerecht.

Diese Argumentation ist — obgleich sie einen rationalen Kern enthält — von zwei Gesichtspunkten aus bestreitbar. Der eine ist, dass die Arbeit und der Posten zusammenhängende, doch durchaus nicht völlig zusammenfallende Dinge sind. Und es ist kaum zu leugnen, dass in den gegebenen Fällen primär der Posten die Basis der Bevorzugung bildet und es ist keine unerlässliche Bedingung, dass die Betreffenden eine zu ihrem Posten proportionale hervorragende Arbeit leisten.

Der andere ist, dass eben das eine der anziehendsten Eigenschaften der sozialistischen Gesellschaft ist, dass sie vom Anfang an bedeutende Schritte unternimmt um die Privilegien zu liquidieren, die in den früheren Gesellschaften die Menschen so sehr von einander unterschieden haben, oder anders ausgedrückt: der Sozialismus verwirft zwar die ‚Gleichmacherei‘, aber in einem anderen Sinn schafft er — wenn auch differenziert — Gleichheit. Deswegen muss sich die sozialistische Gesellschaftsordnung hüten um keinen Anlass zu Voraussetzungen zu geben, die durchaus nicht der Sympathie für den Sozialismus entspringen, gemäss denen diese Gesellschaft bloss die alten Klassenunterschiede behoben, aber dafür eine neue privilegierte Schichte geschaffen habe und das zur Quelle neuer Ungerechtigkeiten werde.

Hier ist also der Zusammenstoss gegensätzlicher Prinzipien zu beobachten, auf dessen einen Pol steht, es sei im Interesse der Gesellschaft, dass die Menschen auf verantwortlichen Posten je besser arbeiten, auf dem anderen aber, dass die Vorrechte das demokratische Gefühl der Menschen und ihre Erwartungen gegenüber dem Sozialismus verletzen. Es ist deshalb kein Zufall, dass jene Leiter popular sind, die mit ihrer puritanischen Lebensführung weniger Anlass dazu geben, dass im Zusammenhang mit ihrer Lebensform von Ungerechtigkeit gesprochen werde.

6. Das Recht

Schliesslich wollen wir einen Blick auf das Gerechtigkeitsprinzip werfen, das Perelmann als letztes erwähnt und demnach die *Übereinstimmung mit dem Recht* die Grundlage der Gerechtigkeit bildet.

Es ist unschwer festzustellen, dass für dieses Prinzip der Spruch ‚last but not least‘ unbedingt gilt. Und tatsächlich zeugt der enge Zusammenhang zwischen den Ausdrücken Gerechtigkeit und Recht, der in den meisten Sprachen zu beobachten ist, davon, dass diese Begriffe im Kopf der Menschen seit Urzeiten verbunden sind.

Was nun den inhaltlichen Zusammenhang anbelangt, so beruht der wahrscheinlich darauf, dass eine Funktion des Rechts stets die *Einschränkung der Willkür* war und so erschien das Recht gegenüber dem ‚Faustrecht‘ als Beschützer der Ordnung und der Sicherheit.

Es ist kein Zufall, dass eine der wichtigsten Aufgaben des Staates im Zusammengang mit dem Recht den Namen ‚Rechtspflege‘ trägt und es bedarf kaum einer Erklärung, dass in diesem Ausdruck das Wort ‚Recht‘ Gerechtigkeit bedeutet, das heisst, die Rechtspflege = Fällen von gerechten Urteilen. Diese Funktion ist allerdings nicht unmittelbar das Recht,

sondern die Anwendung des Rechts, die Tatsache jedoch, dass die Gerechtigkeit bei der Anwendung des Rechts realisiert wird, deutet von vornherein auf die inhaltliche Verbindung zwischen den beiden Kategorien.

Zugleich ist es klar, dass obgleich die ‚Rechtmässigkeit‘ mit den oben angeführten Prinzipien in einer Reihe steht, sie sich dem Charakter nach von diesen doch grundlegend unterscheidet. Das Wesen des Unterschieds ist, dass während die ersteren konkrete moralische Prinzipien waren, das Recht im Vergleich zu diesen allgemeiner oder anders ausgedrückt *formal* ist. Wenn nämlich jemand sagt, gerecht sei derjenige, der die Arbeit in Betracht ziehe, so ist es eindeutig zu sehen, aufgrund welcher Wertkategorie der Betreffende urteilt. Die ‚Rechtsgrundlage‘ der Gerechtigkeit sagt dagegen viel weniger aus, da sie unvermeidlich einer näheren Erklärung bedarf in der Beziehung, wie das Recht eigentlich sei, dessen Anwendung Gerechtigkeit bedeutet. So hat bereits Aristoteles erkannt, dass die Identifizierung der Gerechtigkeit mit der Rechtmässigkeit eine zweischneidige Sache sei, da sie auf einer überaus bestreitbaren Prämisse beruhe. Und zwar auf der, dass nur das Recht werden könne, was gerecht sei, oder anders ausgedrückt, das Recht sei ‚en bloc‘ in seiner Totalität gerecht.

Was aber geschieht in dem Fall, wenn das Recht selbst ungerechte Regeln enthält? In dieser Fragestellung ist von vornherein die Voraussetzung enthalten, dass bei der Gerechtigkeit ein anderer Masstab angewandt wird. (Wenn nämlich der einzige Masstab der Gerechtigkeit die Rechtmässigkeit wäre, so wäre offenbar die Frage nach der Gerechtigkeit des Rechts ebenso sinnlos wie die Frage nach dem Wert der Arbeit nach Marx' Wertbegriff.)

Und wahrlich, seit das Recht Recht ist wird seine Geschichte von der Frage in bezug auf die Gerechtigkeit begleitet. Oder anders ausgedrückt, dem geschriebenen Recht folgt das sog. Naturrecht wie ein Schatten, das als eigenartiger Gegenpol im Gegensatz zum bestehenden Recht das ideale, das mit der Gerechtigkeit übereinstimmende Recht darstellt. Nichts ist jedoch für die historischen Wandlungen des Begriffs der Gerechtigkeit mehr kennzeichnend als der Umstand, dass das Naturrecht selbst mit den verschiedensten Inhalten gefüllt wurde. (Um nur zwei Pole aus der reichen Geschichte zu erwähnen: das Naturrecht erhielt in der religiösen Ideologie des Mittelalters eine ebenso wichtige Rolle wie in den kirchenfeindlichen Gedanken der Aufklärung.)

Ausserordentlich treffend wurde dieser Gegensatz von Kelsen charakterisiert, der übrigens ein erbitterter Gegner von allerlei Naturrechten ist. Laut ihm bildet die Art, wie der Satz aufgestellt wird, die Trennungslinie: was rechtmässig ist, ist zugleich gerecht oder umgekehrt, nur was gerecht ist, ist gültig und nur das ist als wahres Recht zu betrachten.

Aus alledem folgt von vornherein, dass die marxistische Ethik die Aussage, die Rechtmässigkeit sei an und für sich ein die Gerechtigkeit fundierendes Prinzip, nicht ohne jegliche Einschränkung annehmen könne. Alles hängt davon ab welche moralischen und Rechtsprinzipien im konkreten Recht verkörpert sind und wie diese bei der Rechtsanwendung interpretiert werden. Wie notwendig hier die Analyse des Inhalts ist, soll durch

ein einziges Beispiel illustriert werden. Juristen ist der Spruch eines der hervorragendsten römischen Rechtsgelehrten, des Justinian wohlbekannt, mit dem er die Gerechtigkeitsprinzipien zusammenfasst, auf denen das römische Recht beruht: *„Honeste vivere, alterum non laesere, suum cuique tribuere“* (Ehrlich leben, andern nicht schaden, jedem das seine) — so lautet der häufig zitierte Gedanke. Von diesen drei Prinzipien bezieht sich das dritte unmittelbar auf die Gerechtigkeit (während in den ersten beiden eher abstrakte humanistische Ideen enthalten sind). Dieses Prinzip scheint auf den ersten Blick die Formulierung eines sehr allgemeinen Gerechtigkeitsgedankens zu sein, es scheint ja selbstverständlich, dass gerecht ist, wenn jeder bekommt, was ihm gebührt. Wieformal dieser Grundsatz aber in dieser Abfassung ist und wie gegensätzliche, der elementaren menschlichen Gerechtigkeit radikal widersprechende Inhalte in ihm stecken beweist am besten die Aufschrift auf dem Haupteingang zum Auschwitz-Konzentrationslager: *„Jedem das seine“*.

Aufgrund des geschichtlichen Materialismus können wir auch einen Schritt weitergehen als die obige allgemeine Formulierung. Da das Recht in den verschiedenen geschichtlichen Perioden den Willen von Klassen verkörpert und zugleich auch ihre Anschauung, ihre Wünsche und ihre moralische Auffassung widerspiegelt, ist es vollkommen verständlich, dass in den Rechtssystemen der Gesellschaften vor dem Sozialismus vor allem die Gerechtigkeitsgrundsätze der herrschenden Klassen zur Geltung kamen, und da ihre konkrete Anwendung in der Mehrzahl der Fälle von der Wertordnung jener, die nicht an der Macht waren, abwich, enthielten die bestehenden Rechtssysteme vom Gesichtspunkt dieser letzteren gesehen zahlreiche ungerechte Elemente. Um ein elementares Beispiel anzuführen: die Urteile der Richter des Horthy-Regimes gegen die Kommunisten beruhten zumeist auf dem Gesetz 1921. III, wobei nicht allein dessen Wortlaut, aber auch sein Geist befolgt wurde. Umsonst war das Urteil aber rechtmässig, die Kommunisten hielten es mit Recht für ungerecht, dass für den Kampf um den Aufstieg der Menschen, gegen die gesellschaftliche Ungerechtigkeit schwere Kerkerstrafe, ja sogar Todesstrafe verhängt wird.

Folglich bedeutet die Rechtmässigkeit eines Verfahrens, eines Urteils an sich nicht auch seine Gerechtigkeit. Es ist zu betonen, dass diese Feststellung nicht nur für die Rechtssysteme der Gesellschaften vor dem Sozialismus gilt, sondern auch für das des Sozialismus. Auch unter den Rechtsregeln des Sozialismus kann eine vorkommen, die zumindest Elemente enthält, die gewissen Unternehmen oder Schichten gegenüber ungerecht sind (es sei z.B. an Verschiedene Wirtschaftsregler enthaltende Verordnungen erinnert, an Rechtsregeln in bezug auf Löhne, Steuer usw.).

Im sozialistischen Recht können jedoch auch dadurch Ungerechtigkeiten entstehen, dass die durch das Recht geregelten menschlichen Beziehungen sich ändern, deswegen verliert die eine oder andere Verordnung, die zur Zeit ihrer Entstehung im Grunde genommen gerecht war, nach und nach ihren Charakter. Dieses Phänomen kennzeichnet im allgemeinen jenes Stadium, wenn die Rechtsregeln durch neue abgewechselt werden. (Womit wir durchaus nicht behaupten wollen, jede überholte Rechtsregel sei zu-

gleich ungerecht. Wir möchten lediglich hervorheben, dass bei einem Teil derselben auch ein solches Moment vorkommen mag.). Eben deswegen ist eine Fragestellung durchaus nicht zurückzuweisen, die eine oder die andere Rechtsregel des Sozialismus — unter anderem — von der Seite der Gerechtigkeit analysiert.

Die Verbindung der Gerechtigkeit mit der ‚Rechtmässigkeit‘ kann aber auch in einem anderen Zusammenhang geprüft werden. Jedes Recht, so auch das sozialistische, *verallgemeinert* trotz der höchsten Differenzierung und wendet daher bei ungleichen Menschen gleiches Recht an. Und das ist — bekanntlich — eine Quelle der Ungerechtigkeit. Daraus folgt von vornherein, dass der Rechtsanwendung die hervorragende Rolle zukommt durch weitere Differenzierung etwas ‚richtigzustellen‘, was das Recht zufolge seines Wesens nicht tun kann, zu tun, was höchstens in seinen Grundsätzen enthalten ist. Das bedeutet, dass der Richter, damit sein im Strafprozess gefälltes Urteil gerecht sei, nicht nur die Rechtsregeln beachten muss, sondern auch das, wie ihre relative Steifheit durch Berücksichtigung der konkreten Situation und der menschlichen Beziehungen gemildert werden kann. Ohne diese Überlegung ist kein gerechtes Urteil möglich.

Hier ist eine andere — sinngemäss auch im sozialistischen Recht vorkommende — eventuelle Divergenz der ‚Rechtmässigkeit‘ und der Gerechtigkeit zu erwähnen. Das Strafrecht des sozialistischen Rechtssystems bevorzugt im allgemeinen hene Verantwortlichkeitstheorie, die dem Verbrecher bei der Verübung seiner Tat eine relative Willensfreiheit zuschreibt (und darin weicht es auch von der Mehrheit der bürgerlichen Strafrechte nicht ab). Im Kreis der Philosophen ist es jedoch bekannt, dass die Voraussetzung, dass erwachsene, normale Menschen im allgemeinen einen freien Willen haben, umstritten ist. Auch die entgegengesetzte Hypothese hält sich stark, die die Willensfreiheit völlig leugnet und auf dieser Basis das Urteil, das davon ausgeht, dass der Täter im Augenblick der Verübung der Straftat auch anders hätte handeln können, — zumindest teilweise — für ungerecht hält, und es deshalb mit Recht missbilligt. Ist nämlich diese Voraussetzung falsch, so ist auch die darauf beruhende Strafe nicht genügend untermauert. Es sei noch hinzugefügt, die Meinungen sind in der Beziehung geteilt, ob die Täter der Straftaten zu strafen oder zu heilen seien. Auch diejenigen, die der ersteren Ansicht sind, unterstreichen, dass die Strafe nur dem Täter gegenüber relativ ungerecht sei, der Gesellschaft gegenüber sei sie es nicht. Das Ausbleiben der Strafe würde nämlich zu neuen Verbrechen anspornen und das wäre der schuldlosen Mehrheit der Menschen gegenüber ungerecht.²

Damit wären wir am Ende der kurzen Analyse der einzelnen Gerechtigkeitsprinzipien angelangt. Bevor wir irgendeine Bilanz aufstellen ist es notwendig wiederholt zu unterstreichen, dass diese bei weitem nicht sämtliche möglichen Gerechtigkeitsgesichtspunkte sind, sondern lediglich die bekanntesten und die am häufigsten angewandten. Was nun ihre marxistische Bewertung anbelangt, ist im allgemeinen feststellbar, dass von den 6 Grundsätzen bloss der fünfte (nach dem Rang) dem Sozialismus fremd ist, die übrigen kommen in der Gerechtigkeitsauffassung der marxistischen

Ethik mehr oder weniger zur Geltung. Das wahre Problem war an erster Stelle, dass diese Grundsätze nicht auf der gleichen Basis verteilt sind, das erste und das sechste sind wesentlich allgemeiner (das der Gleichheit und das nach dem Recht) als das zweite, dritte und vierte, deswegen ist in diesem Zusammenhang die Frage nicht so zu stellen: entweder das eine oder das andere. Vielleicht etwas verständlicher formuliert: die Anwendung des ersten und des sechsten Prinzips schliesst die der übrigen durchaus nicht aus, da die ersteren die letzteren enthalten können.

Ein weiteres und zwar kein weniger wesentliches Problem bedeutete der Umstand, dass die Prinzipien zueinander in keinem ergänzenden Verhältnis stehen. Es ist nicht vorstellbar, dass bei derselben Ereignisreihe sämtliche Prinzipien im Einklang miteinander angewandt werden. Infolgedessen ist die Kollision der Prinzipien sehr häufig. In diesen Fällen ist zu entscheiden welchem der Vorrang zu geben sei oder wie das eine in das andere untergeordnet eingebaut werden könne. Auf dieser Basis würde die ‚Gerechtigkeitsbilanz‘ des Sozialismus einer längeren Analyse im Umfang einer Monographie bedürfen. Auch aus den beispielsweise angeführten Fällen wird es klar, dass wahrscheinlich das Prinzip nach der Arbeit an der Spitze der Hierarchie stehe, die von den nach Bedarf und nach Verdienst gefolgt wird, das der Gleichheit und nach dem Recht aber sind in die ersteren eingebaut. Diese alle bilden eine komplizierte Dialektik, die auch von dem Gebiet in grossem Mass abhängt, um das es sich handelt. Die Beispiele bezeugen nämlich auch, dass nicht alles über einen Leisten geschlagen werden darf, z.B. die gerechte Verteilung und die gerechte Gerichtsbarkeit oder das in dieser Arbeit gar nicht berührte Problem des gerechten Krieges, die Gerechtigkeit erscheint anders auf gesellschaftlicher Ebene und im gesellschaftlichen Ausmass und wieder anders auf der Ebene des Individuums oder der Gruppe (für die Analyse dieser letzteren Relation fand sich hier keine Möglichkeit).

Wir sind am Ende unserer Erörterung angelangt im vorgeschriebenen Umfang. Ich hoffe, es gelang mir zu demonstrieren ein wie ausserordentlich reiches und seitens der marxistische Philosophie weitgehendst unerschöpftes Thema die Gerechtigkeit ist. In meiner Arbeit war ich bemüht die hier erscheinenden Probleme in erster Reihe aufzuzeigen, umzureissen, ohne auf ihre Mehrheit eine beruhigende Antwort finden zu können. Es besteht aber kaum ein Zweifel, dass die Philosophen dieser ‚eines besseren Loses würdigen‘ und auch gesellschaftlich sehr bedeutsamen Problematik mehr Aufmerksamkeit widmen sollten.

ANMERKUNGEN

¹ Wäre der Leser etwa anderer Meinung und machte er in diesem Zusammenhang vielleicht zynische Bemerkungen, dass die Hospitalisierung manchmal nicht durch die ernste Erkrankung, sondern durch die Summe Geldes bestimmt werde, die dem Arzt, der hier entscheidet, überreicht wird, so lautet die Antwort mit Recht, dass in diesen Fällen nicht die Gerechtigkeit und mit ihr die Prinzipien der sozialistischen Moral zur Geltung kommen. Darüber lässt sich jedoch kaum streiten, dass die mit den Bedürfnissen proportionale Hospitalisierung die gerechte sei.

² Jetzt ist es verständlich, weshalb im ersten Satz des Abschnitts der Ausdruck eventuell gebraucht wurde. Der Grund ist darin zu suchen, dass nur diejenigen das Bestehen der Ungerechtigkeit behaupten, die die Willensfreiheit völlig leugnen.

THE FORMES OF THE JUSTICE

by

PROFESSOR DR. TAMÁS FÖLDESI

(Summary)

In his treatise the author deals with several problems of principle of justice. He establishes that, though justice is one of the basic categories of morals even today, there is not due attention paid to this problem in marxism. The author investigates after Perelman the realization of six relations of justice under the circumstances of building socialism.

They are the following:

Equality, evaluation according to work, needs, merits, in order of rank and concordance with the valid law.

LES FORMES DE LA JUSTICE

PROF. DR. TAMÁS FÖLDESI

Dans son étude l'auteur traite de quelques problèmes de la justice. Il constate que la justice à rester même de nos jours une catégorie fondamentale de la morale, mais le marxisme ne consacre pas d'attention suffisante, à notre grand regret, à cette série de problèmes. Compte tenu des recherches de M. Perelman l'auteur soumet à l'examen la réalisation de six relations de la justice dans les conditions du socialisme en construction. Ce sont les suivantes:

L'appréciation d'après l'égalité, le travail, les besoins, les mérites et sur la base du rang, ainsi que l'accord avec le droit en vigueur.